

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlik, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Willen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niederwillen, Rabschnappel und Lischheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

56. Jahrgang.

Nr. 287.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Mittwoch, den 12. Dezember

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1906.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwischendamm 297, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgepöhlte Grundzeile mit 10, für auswärtsige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegrammadresse: Tageblatt.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben Sonnabend, den 15. d. Mts., die Kassenregistratur, das Star desamt, die Polizeiregistratur und das Einwohnermeldeamt und

Montag, den 17. d. Mts.

die Stadthauptkasse, Steuereinnahme, Sparkasse sowie das Stadtbauamt geschlossen.

Lichtenstein, am 11. Dezember 1906.

Der Stadtrat.

Stadner, Bürgermeister.

Schr.

Stadtsparkasse Lichtenstein.

Einleger Guthaben 6 660 000 Mark, Reservefonds 450 000 Mk. Geschäftszeit 8-12 und 2-5 Uhr täglich.

Einlegerzinsfuß $3\frac{1}{2}\%$

Einlagen in den ersten drei Tagen eines Kalendermonats werden noch für den vollen Monat verzinst. Gewünschte Rückzahlungen erfolgen in der Regel ohne Kündigung und ohne Zinsverlust in beliebiger Höhe.

Das Wichtigste.

* Graf Bjadovsky wird heute die Interpellation über die Fleischnot im Reichstag beantworten und dabei eine Oeffnung der Grenzen ablehnen.

* Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über Ausfuhrungsbestimmungen zu der Algeciras alte endgültig angenommen.

* Zwischen dem Verein Hamburger Reeder und dem Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine sind ernste Differenzen ausgebrochen.

* Gegen die Führer der neuen demokratischen Welfenpartei in Hannover ist eine Strafuntersuchung wegen Geheimbundes eingeleitet worden.

* Das Nobelkomitee des norwegischen Storting hat dem Präsidenten Roosevelt den Friedenspreis zuerkannt.

Die Spannung zwischen Rußland und Japan.

Dem auf der Konferenz von Portsmouth im vorigen Jahre mit so vieler Mühe hergestellten Friedenszustand in Ostasien drohen bedeutende Erschütterungen. Die Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Rußland und Japan sind zum Stillstand gekommen. Japan stellt beratig demütigende Forderungen an Rußland, wie: freie Schifffahrt auf dem Amur, Transithandel japanischer Waren bis ins Baltische Meer, Recht der Japaner, Landbesitz in Sibirien zu erwerben, Fischereirechte an der Küste Sachalins, daß die russische Regierung gezwungen war, sie zunächst mit höflichen Bemerkungen zurückzuweisen. Als in diesen Tagen der japanische Gesandte Komoto in Petersburg die oben genannten Forderungen in ziemlich brüderlicher Form wiederholte, wurden sie seitens des Ministers des Äußeren Jomolaki ebenso brüderlich zurückgewiesen, da sie mit der russischen Ehre unvereinbar seien. Jomolakis Stellung ist sehr schwierig geworden, da ein bewaffneter Konflikt vermieden werden soll. Besonders über die Auslegung der auf die Fischerei- und Schifffahrtsrechte sich beziehenden Punkte des Friedensprotokolls bestehen bei beiden Mächten völlig entgegengesetzte Auffassungen.

Die schwebenden Differenzen zu beseitigen, dürfte für die Diplomatie der beiden Mächte allein eine recht schwierige Aufgabe sein. In Rußland betrachtet man die weitgehenden wirtschaftlichen Forderungen Japans als unannehmbar, so lange noch von einer Autorität der Regierung des Zaren gesprochen werden soll. Japan aber will von diesen Ansprüchen nicht ablassen, die ihm für die Entwicklung des Landes wünschenswert erscheinen. Es hat zudem bewiesen, daß es eine schwere finanzielle und wirtschaftliche Krise, wie sie auch von Japanen selbst kurz nach Beendigung des russisch-japanischen Krieges vorausgesehen wurde, zu überwinden oder zu vermeiden weiß. Nach der bisherigen Politik des Mikado kann man ferner nicht annehmen, daß Japan die augenblickliche schwierige Situation des russischen Reiches als einen genügenden Grund ansehen sollte, eine schonende Politik zu treiben. Hierzu kommen noch die unerfüllt gebliebenen Hoffnungen der Japaner beim Friedensschluß mit Rußland. Wenn man die ohne Unterbrechung fortgesetzten und immer noch gesteigerten militärischen Rüstungen Japans betrachtet, so kann man

sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Nation die Hoffnung auf neue Waffenerfolge nicht aufgegeben hat.

In Petersburg wird auch die Audienz, die, wie in diesen Tagen gemeldet, der frühere Ministerpräsident Graf Witte beim Zaren hatte, mit dieser schwierigen Situation in Zusammenhang gebracht.

Stimmungsbild aus dem Deutschen Reichstage.

Eigenbericht. n. Berlin, 10. Dez. 1906.

Man hatte für heute in journalistischen Kreisen eine große Debatte bei der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung der Generalakte der Internationalen Konferenz von Algeciras erwartet; die Journalistenbibliothek waren nicht gefüllt mit Berichtserfasser der in- und ausländischen Zeitungen. Aber sie mußten enttäuscht den Stimmweg antreten, denn der Vorschlag der en bloc-Akzeptanz des Entwurfs wurde, da niemand aus dem Hause widersprach, genehmigt. Herr von Tschirchky verließ mit sichtlich Freude den Saal.

Nach Beendigung einiger Rechnungssachen tritt das Haus in die dritte Sitzung des Gesetzes betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste ein. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Wiederherstellung der Kommissionsbeschlüsse wird nach kurzer Debatte abgelehnt, dagegen findet ein Antrag Müller-Reinigen (Fr. V.), das Gesetz erst am 1. Juli 1907 in Kraft treten zu lassen, einstimmige Annahme.

In der nun folgenden dritten Beratung des Gesetzes betr. die Einführung des kleinen Beschäftigungsnachweises kommt es, wie bei den beiden ersten Besungen, zu einem Zusammenstoß der Rechten und Linken. Den Streitpunkt bildet wieder die Forderung der Bauarbeiter nach Beteiligung an der Baukontrolle. Der gesamte Gesetzentwurf wurde ebenfalls nach kurzer Diskussion gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Aus der ganzen Verhandlung, die kaum zwei Stunden gewährt hat, ferner aus der beschlußfähigen Besetzung des Hauses konnte selbst der Uneingeweihte erkennen, daß morgen ein großer Tag bevorsteht und daß man daher alle Kraft der Redekunst sich auf morgen ersparen wollte. Die Fleischnotinterpellation wird vor den Weihnachtstagen noch einmal recht stürmische Debatten hervorrufen. Die Rednerliste soll schon so lang sein, daß für Tagesordnungsstoff bis Freitag reichlich gesorgt ist. Man ist auf den morgigen Tag umso mehr gespannt, als der neue Landwirtschaftsminister seine Antrittsrede halten wird.

Deutsches Reich.

Dresden. (Der konservative Landesverein im Königreich Sachsen) hielt am Sonnabend nachmittag auf dem königlichen Belvedere zu Dresden eine stark besuchte Mitglieder-versammlung ab, in welcher eine Aussprache über die kommenden Reichstagswahlen erfolgte. Der angekündigte Vortrag über Mittelstandsfragen mußte Umstände halber unterbleiben. Auch die Angelegenheit der Annäherung der christlichen Arbeiter kam zur Besprechung. Man beschloß, hierzu eine abwartende Stellung einzunehmen.

Berlin. (Dernburg.) Zur Beleuchtung der Art, wie Dernburg für Erledigung verschleppter Angelegenheiten in der Kolonialabteilung sorgt, dient folgende Mitteilung aus dem „Blauen Sonntagsspiegel“: Alle Welt spricht jetzt vom neuen Kolonialdirektor Dernburg. Seine mannhaften, schlagfertigen Reden im Reichstage haben ihm rasch die Augen aller Vaterlandsfreunde zugewandt. Spuren seiner gründlichen und arbeitsfreudigen Herkulesleistung sind neulich auch nach Blauen gedrungen. Hatte da vor 4 — ja wohl vier — Jahren ein junger Blauerer Lehrer beim Kolonialamt angestellt, ob und unter welchen Bedingungen er in deutschen Schuldendiensten im Auslande Stellung finden könne. Es vergingen Wochen, Monate, Jahre — aus Berlin kam keine Antwort. Da trat Herr Dernburg an die Spitze unseres Kolonialamtes. Sein eiserner Wesen traf auch die alten unerledigten Klagen, die schleunigst aufgearbeitet werden mußten. Da mögen die Ranzleiräte böse gekustet haben, als ihnen der neue Herr die in kaufmännischen Kreisen herrschende Auffassung über pünktliche Verantwortung von Anlagen beibrachte. Und so traf auch an unseren Blauener Lehrer vor kurzem ein Brief ein, in dem Herr Dernburg auf jene Anfrage von anno dazumal Bezug nahm und fragte, ob jener sich noch mit der damals geäußerten Absicht trage und die heutigen Bedingungen zu wissen wünsche. Man sieht, Herr Dernburg arbeitet gründlich. Wie sagte er neulich im Reichstage? „Ich habe keine Vergangenheit, ich habe nur eine Zukunft.“ Wir wünschen ihm eine recht erfolgreiche, dem deutschen Vaterlande zum Nutzen gereichende Zukunft.

(Dr. Stäbel amtsm.) Der deutsche Gesandte am norwegischen Hofe Dr. Stäbel beabsichtigt, wie wir zuverlässig erfahren, in den Ruhestand zu treten. Schon als die verschiedenen Kolonialaffären angingen, die Oeffentlichkeit zu beschäftigen, erwog Herr Dr. Stäbel die Frage, ob er bleiben oder seinen Abschied erbitten sollte. Doch entschied er sich abzuwarten, ob ihm von Berlin aus ein Wink gegeben werden würde. Das geschah damals nicht. Inzwischen widerfuhr ihm das bekannte Mißgeschick, daß er, als der Kaiser während seiner Nordlandsfahrt nach Norwegen kam, in seiner Aufregung vergaß, dem Monarchen Mitteilung von der Geburt eines Enkels zu machen und ihm die bereits eingetroffenen Glückwunschtelegramme zu überreichen. Dazu kamen die Enthüllungen im Reichstage, aus denen man erfuhr, daß Dr. Stäbel in einzelnen Fällen sich und seine Entschlüsse ganz von dem Willen einer politischen Macht abhängig gemacht hat und sich von einem einzelnen Abgeordneten völlig zu Boden zwingen ließ. Nachdem diese Tatsachen öffentlich vor aller Welt erörtert worden sind, scheint Herr Dr. Stäbel eingesehen zu haben, daß er nicht mehr als geeignet gelten kann, das Reich im Auslande zu vertreten. Es wird angenommen, daß das Abschiedsgesuch des Herrn Dr. Stäbel schon in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen wird.

(Vom polnischen Schulkampf.) Im Regierungsbezirk Danzig ist noch keine Abnahme der streikenden polnischen Schulkinder zu verzeichnen. Die Regierung ergreift strenge Maßregeln. Außer Amtsenthebung von Gemeinde- und Schulvorstehern wird den Waldarbeitern, deren Rinder streiken, das Arbeitsverhältnis gekündigt, auch die Vergünstigungen bei Erlangung von Brennholz und Streu aus königlichen Forsten werden entzogen. Ferner wurde Pächtern von fiskalischen Pachtstellen und Chauffee-